

These 1: Der in unserem Land erreichte materielle Wohlstand beruht unter anderem auf der Ausbeutung von Natur und Mensch insbesondere in den Ländern des globalen Südens (Erderschöpfungstag, ökologischer Fußabdruck, Einkommensverteilung).

Das ist leider nicht von der Hand zu weisen. Wobei hier natürlich, ohne es klein reden zu wollen, ein gewisser Teils des bezahlten Geldes bei gewissen Eliten der jeweiligen Länder „versickern“ und nicht weiter „nach unten“ gegeben werden.

Wir FREIEN WÄHLER wollen dem entgegen wirken, indem wir zuerst alle schon vorhandenen Strukturen noch viel intensiver nutzen und bekannt machen. Die Teilnahme am Textilbündnis sollte verpflichtend sein, die UNO Hilfsorganisationen benötigen einen eigenen Haushalt, das Eine-Welt-Promoter*innen-Programm gehört ausgebaut. Wichtig ist hier aber vor allem auch die Aufklärung und die -möglichst weltweite, mindestens aber europaweite- einheitliche Kennzeichnung von Produkten und Lebensmitteln, die auch den CO2-Abdruck impliziert.

Nachhaltig erzeugte Produkte dürfen keinen Wettbewerbsnachteil erfahren. Kreislaufwirtschaft und Nachhaltigkeit müssen viel mehr in den Fokus rücken.

These 2: Die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen der bisher weitgehend unkontrolliert abgelaufenen Globalisierung müssen stärker in den Blick genommen werden. Das mit Mühen verabschiedete deutsche Lieferkettengesetz kann nur ein erster Schritt sein und darf weder das geplante weitreichendere EU-Gesetz noch den [UN-Treaty-Prozess](#) behindern (UN-Leitprinzipien für Unternehmen und Menschenrechte).

Es braucht in der Tat ein weltweit einheitliches Vorgehen. Deutschland allein kann die Welt nicht retten, hat aber eine Vorreiterrolle, die nicht zu unterschätzen ist. Wichtig ist dabei, dass deutsche Unternehmen durch die Umsetzung innovativer, nachhaltiger Ideen keine Wettbewerbsnachteile haben. Forschung und Entwicklung benötigt Förderung.

Doch auch der Müll spielt hier eine Rolle. Wir setzen uns für ein Exportverbot von Müll ein. Die Vermeidung von Müll und der sinnvolle Umgang mit den Ressourcen haben oberste Priorität. Lebensmittelverschwendung muss gestoppt werden, die Reparaturfähigkeit von Produkten muss eingefordert werden.

These 3: Gerechte Handelsbeziehungen und faire Investitionsabkommen müssen in den Ländern des globalen Südens mehr Wertschöpfung ermöglichen, angepasste Arbeitsplätze schaffen und Binnenmärkte stärken. In Deutschland bedarf es einer kohärenten Entwicklungspolitik (Fluchtursachen, existenzsichernde Mindestlöhne, Kapitalverkehrskontrollen).

Absolut. Aber wie bei These 1 angesprochen, ist das Problem der Wertschöpfung bei solchen Ländern zumeist eine korrupte Elite, die eine faire und gerechte Verteilung im Land behindert. Ebenfalls sind es die politisch instabilen Lagen einiger Länder und die geringe Konsistenz bzw. Dauerhaftigkeit von Regierungen (kommen und gehen), die hier negative Auswirkungen haben. Nur mit mehr Geld ist es nicht getan, das würde wiederum bei den korrupten Eliten der Länder versickern. Ein Ansatz von meiner Seite: das Anbieten und Unterstützen durch konkrete Projekte, die eine Wertschöpfung vor Ort und ein Bleiben der Bevölkerung im entsprechenden Land ermöglichen. Letztendlich muss es aber eine weltweit einheitliche Vorgehensweise geben und das langfristige Ziel sein. Hält sich China z.B. nicht an die Vorgaben, sind deutsche Initiativen zwar begrüßenswert, aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein, der im Endeffekt nichts bringt bzw. uns nur aus dem Markt wirft, da korrupte Regierungen dann eher mit Ländern wie China zusammenarbeiten.

These 4: Die deutsche Wirtschaft überschreitet seit vielen Jahren schon den im EU-Vertrag festgelegten Höchstwert des Leistungsbilanzüberschusses von 6 % des Bruttosozialproduktes. Die einseitige Außenwirtschaftsförderung, u.a. die subventionierte Überproduktion in der Landwirtschaft, beschert uns zwar kurzfristig Arbeitsplätze im [Inland](#) - aktuell auch in unserem [Landkreis](#) - , erhöht jedoch die Verschuldung von Ländern, die nicht im Gegenzug ihre Produkte zu angemessenen Preisen liefern oder entsprechende Dienstleistungen anbieten können. Deutschland muss die Interessen wirtschaftlich schwächerer Länder stärker berücksichtigen.

Die Schwächung eines Starken stärkt noch lange nicht automatisch die Schwächeren. Kurzum: es muss genau betrachtet werden, warum es zu diesem größeren Leistungsbilanzüberschuss kommt bzw. gekommen ist. Dieser Überschuss an sich ist nicht das Negative. Er versetzt Deutschland auch in die Lage, Lasten zu schultern, die die anderen EU-Länder nicht tragen können.

Gerade die Süd-Länder der Union haben beispielsweise ihre „Hausaufgaben“ nicht gemacht, wie z.B. Sozialreformen oder eine Reform der Verwaltung. Dadurch fehlt das Geld, um Impulse im Bereich der Bildung sowie Forschung und Wissenschaft zu setzen. Hier ist Italien leider ein negatives Beispiel. Da Reformen in weiten Teilen der Mitgliedsstaaten ausblieben, wurde die EZB dazu eingesetzt, die mangelnden Reformen durch „günstiges Geld“ auszugleichen. Aber: seit über 10 Jahren fließt dieses Geld nun in die EU-Länder, um dort Investitionen freisetzen zu können. Und trotzdem bleibt die positive Entwicklung aus, es sind also grundsätzliche Probleme, die in den betreffenden Ländern in erster Linie zu suchen sind - aber nicht bei der Stärke Deutschlands. Das Tragische dabei ist, dass Corona diese negativen Effekte noch verstärkt und die Menschen in diesen Ländern mehrfach für die mangelnden Reformen bezahlen müssen.

Zum Thema Landwirtschaft: die Subventionierung der industriellen Landwirtschaft erfolgt ja bisher in erster Linie durch die EU. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU wird derzeit neu verhandelt und festgezurr. Fakt ist, dass bei der künftigen Mittelverteilung die Aspekte der Nachhaltigkeit und Ökologie eine stärkere Gewichtung erfahren müssen und auch werden. Die Leitplanken hat der „Green Deal“ der EU gesetzt: durch diesen soll bis 2050 ein nachhaltiges und klimaneutrales Wachstumsmodell geschaffen werden. Deutschland hat somit eine Vorreiterrolle, damit vom „Green Deal“ und den nachfolgenden Agrarzahlsregelungen gerade die kleingliedrige Landwirtschaft EU-weit profitiert und dadurch Handelsbilanzunterschiede sich nicht noch verstärken.